

Pressemitteilung

Dialogprozess zum Ausbau der Windkraftanlagen im Mardorfer Wald

Runder Tisch Windkraft in Amöneburg – 3. Sitzung brachte Bewegung: juwi und Waldinteressenten unterbreiten Vorschlag für einen Kompromiss

Mardorf, 20. Juni 2017.

Bessere Bedingungen für die Anwohner statt mehr Ertrag. Die dritte Sitzung des Runden Tisches Windkraft Amöneburg am 20. Juni 2017 brachte einen möglichen Durchbruch im Konflikt um den Ausbau der Windenergie auf der Mardorfer Kuppe. Der Projektierer juwi Energieprojekte GmbH und die Mardorfer Waldinteressenten legten einen Kompromissvorschlag zur Reduzierung der Schallimmissionen vor, der von den Mitgliedern des Runden Tisches grundsätzlich begrüßt wurde. Der Kompromissvorschlag sieht vor, dass juwi im Rahmen einer freiwilligen Vereinbarung mit der Stadt Amöneburg in den Nachtzeiten am südlichen Ortsrand von Erfurtshausen (Straße „Am Stein“) den Schallgrenzwert von 37,5 dB(A) und an der Kirche in Erfurtshausen 35 dB(A) einhalten wird. 35 dB(A) entsprechen dem Grenzwert für ein reines Wohngebiet, dessen Ausweisung im Rahmen einer Änderung des Bebauungsplans in Erfurtshausen gerade diskutiert wird. Da diese Ausweisung laut Ansicht von politischen Vertretern aber auch Nachteile für Erfurtshausen mit sich bringen würde, könnte der vorgelegte Kompromissvorschlag für die Kommune attraktiv sein.

Die von juwi und den Waldinteressenten zugesagten Grenzwerte bedeuten auch eine Reduzierung der ursprünglich zehn vorgesehenen Windkraftanlagen auf der Fläche der Waldinteressenten und dem Wind-Vorranggebiet 5112 auf Homberger Gemarkung auf, nach derzeitigem Stand, etwa sieben Anlagen. Die genauen Abstände zur Siedlungsgrenze und die Anlagenzahl können erst festgelegt werden, wenn die Ergebnisse der Gutachten vorliegen.

Mit dem Kompromissvorschlag verzichteten Projektierer und Waldinteressenten auf Einnahmen, machte Silvan Schumacher, der zuständige Projektmanager bei juwi, deutlich. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Winfried Kaul begrüßte den Vorschlag ausdrücklich als respektables Entgegenkommen von juwi und den Waldinteressenten. Aus seiner Sicht kann dies helfen, die Stimmung im Ort zu befrieden. Auch Bürgermeister Michael Plettenberg zeigte sich zufrieden. Ihm ist nun an einer vertraglich abgesicherten freiwilligen Selbstverpflichtung von juwi gelegen, um damit die seit 2011 bestehende partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Projektierer fortzuführen. Die Mitglieder der Bürgerinitiative „Es reicht!“ baten weiterhin darum, im anstehenden Vertrag den Abstand von mindestens 1.500 Metern zu verankern, den Grenzwert auf 35 dB(A) statt der vorgeschlagenen 37,5

dB(A) zu senken und die Ausweisung des reinen Wohngebietes seitens der Stadt weiter zu verfolgen, da diese Bebauungsplanänderung das reine Wohngebiet vor dem Ansiedeln von Gewerbegebieten und weiterem schütze. Für die Bürgerinitiative ist der aktuell vorgelegte Vorschlag noch kein ausreichender Kompromiss. Juwi machte allerdings deutlich, dass für sie und die Waldinteressenten das vorgelegte Kompromissangebot fair und ausgewogen und deshalb nicht weiter verhandelbar sei. Zudem appellierte der Projektierer an die Bürgerinitiative, nun ebenfalls Bereitschaft zur Kompromissfindung zu zeigen. Juwi, die Waldinteressenten, der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung wollen sich nun weiter beraten und mit juristischem Beistand einen städtebaulichen Vertrag aufsetzen. Da sowohl juwi als auch die Waldinteressenten an einem vertrauensvollen Verhältnis zur Bevölkerung interessiert sind, machte der Projektierer auch weitere Zugeständnisse beziehungsweise Ankündigungen. Für die in der zweiten Sitzung zugesagten freiwilligen Schallvermessungen an einer der bestehenden Windenergieanlagen wurde inzwischen ein renommiertes Ingenieurbüro beauftragt. Die Schallvermessung erfolgt nach aktuellen Standards und ist mit der Genehmigungsbehörde abgestimmt. Bei den weiteren sechs Anlagen werden Höreindrücke erfasst und bei Bedarf auch vermessen. Aufgrund der umfangreichen fachlichen Anforderungen kann heute jedoch noch kein Zeitpunkt der Messung genannt werden. Weiterhin will juwi zur Begleitung des Genehmigungsverfahrens eine eigene Projekt-Homepage für das Vorhaben Mardorfer Kuppe und VRG 5112 Homberg einrichten, auf der Informationen und wesentliche Unterlagen zum geplanten Windpark digital vorliegen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war die Vorstellung des Gutachters, der von juwi für die vogelkundlichen Kartierungen im Planungsgebiet beauftragt wurde. Martin Schnell vom Büro TNL Umweltplanung erläuterte das Vorgehen bei der avifaunistischen Begutachtung und der Abstimmung mit der Genehmigungsbehörde und konnte damit die Mitglieder des Runden Tisches von der Unabhängigkeit und Seriosität des Büros überzeugen. TNL arbeite nach bewährten und von den Behörden vorgegebenen Standards und orientiere sich an den strengen Vorgaben des in der Fachwelt anerkannten sogenannten Helgoländer Papiers, so Schnell. Die Kartierungen können zwar nur Momentaufnahmen darstellen, in Amöneburg erfolge die Erfassung aber aufgrund des Windparks Roßdorf bereits seit rund vier Jahren, so dass die Datengrundlage hier deutlich besser sei als bei anderen Projekten. Das Gutachten wird im Rahmen der von juwi zugesagten freiwilligen Durchführung eines förmlichen Genehmigungsverfahrens, also inkl. umfangreicher Öffentlichkeitsbeteiligung, offengelegt.

Im letzten inhaltlichen Tagesordnungspunkt wurde auf Wunsch der Bürgerinitiative das Thema Infraschall behandelt. Ulrike Rhiel-Jennemann äußerte als Vertreterin der Bürgerinitiative hier Bedenken bezüglich der möglichen gesundheitlichen Auswirkungen durch von Windkraftanlagen

ausgehenden Infraschall auf die Anwohner. Die Sprecherin der Bürgerinitiative, Dr. Annette Schick, forderte daher zum Schutze der Bevölkerung vor Lärm und Schlagschatten eine Vergrößerung des Abstandes zwischen den Anlagen und der Siedlungsgrenze von den gesetzlich vorgegebenen mindestens 1.000 Meter auf 1.500 Meter. Von Seiten der HessenAgentur verwies Dr. Rainer Kaps noch einmal auf den im Rahmen des Bürgerforums Energieland Hessen durchgeführten landesweiten Faktencheck zum Thema Windenergie und Infraschall mit renommierten Experten aus ganz Deutschland. Die Experten waren sich hier einig, dass mit der hessischen Abstandsregelung von 1.000 Metern keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind, da die festgestellten Infraschalldruckpegel bereits bei geringen Entfernungen weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen liegen. Kaps betonte, kein Bürgermeister oder Stadtverordneter mache in dieser Hinsicht einen Fehler, wenn er sich für Windenergieanlagen entscheide.

Der Runde Tisch ist seinem Ziel, beim Ausbau der Windenergie einen Kompromiss zwischen den Teilnehmern zu erarbeiten und damit eine möglichst geringe Belastung für Mensch und Umwelt zu erreichen, mit der dritten Sitzung ein großes Stück nähergekommen. Im August sollen die Mitglieder in einer vierten Sitzung über den Stand der Verhandlungen informiert werden.

Hintergrund des Runden Tisches:

Grundlage für die Einberufung des Runden Tisches ist der Beschluss der Sitzung der Amöneburger Stadtverordnetenversammlung vom 6. Februar 2017. Aufgrund der ablehnenden Stimmen zu neuen Windkraftanlagen im Privatwald der Mardorfer Waldinteressenten südlich von Mardorf sah die Stadtvertretung die Notwendigkeit, ein unabhängig geführtes Dialogverfahren ins Leben zu rufen. Mitglieder am Runden Tisch sind Vertreter der Amöneburger Fraktionen, Vorsitzende der Ausschüsse, der Bürgermeister, Vertreter der Bürgerinitiative „Es reicht!“ sowie der Mardorfer Waldinteressenten und ihr Projektierer. (Zu den bisherigen Sitzungen des Runden Tisches siehe auch Pressemitteilungen vom 14.03.2017 und 26.04.2017)

Das Landesprogramm „Bürgerforum Energieland Hessen“ bietet Kommunen eine professionelle Konfliktberatung und Mediation an. Es stärkt Kommunen dabei, mit den Bürgerinnen und Bürgern die Energiewende zu gestalten und gemeinsam nach konkreten Lösungen zu suchen. Im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung wird das Bürgerforum Energieland Hessen von der Hessen Agentur gemeinsam mit Partnern – in Mittelhessen IFOK GmbH – umgesetzt.

http://www.energieland.hessen.de/buergerforum_energie

Ansprechpartner

Für den Dialogprozess:

IFOK GmbH
Berliner Ring 89
64625 Bensheim

Dr. Michael Wormer
michael.wormer@ifok.de
Tel. 06251/8416-51

Zum Landesprogramm:

HA Hessen Agentur GmbH
Konradinallee 9
65189 Wiesbaden

Dr. Rainer Kaps
rainer.kaps@hessen-agentur.de
Tel. 0611 95017-8471